

Entwicklungstendenzen und Planungsstrategie in Nordkorea

Im Mittelpunkt der entwicklungstheoretischen und -politischen Debatten stehen die Erfahrungen aus Ländern, in denen sich eine mehr oder weniger kapitalistische Ordnung, in der Regel vermengt mit feudalistischen Elementen, durchgesetzt hat. Von den Alternativen zu einer solchen Ordnung wird abgesehen. Es gibt freilich Ausnahmen; sie zeichnen sich aber dadurch aus, daß die theoretische Behandlung der Probleme des Sozialismus in Entwicklungsländern wenig mit den bisher praktizierten Modellen in Verbindung gebracht wird, und dies gilt um so mehr, je weiter sie sich vom Thema einer revolutionären Strategie entfernt und in den rein ökonomischen Bereich vorstößt¹).

Die folgenden Ausführungen sollen daher dazu dienen, am Beispiel Nordkoreas die Gültigkeit mancher theoretischer Aussagen zu überprüfen und die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Hintergrund einer sozialistischen Wirtschaftsordnung anzureißen. In drei Abschnitten werden die in drei aufeinanderfolgenden Perioden verfolgten Ziele, die institutionellen Veränderungen und eingetretenen Entwicklungen behandelt. Diese Einteilung schien deshalb angezeigt, weil in jeder dieser Perioden die realen Bedingungen für sozialistische Experimente unterschiedlich waren und die Regierungen entsprechend unterschiedlichen Anforderungen gegenüberstand.

Die Transformationsphase — mit dieser Bezeichnung ist nicht so sehr der institutionelle Umbau als vielmehr der wirtschaftliche Strukturwandel gemeint — umfaßt die Kolonialzeit und die ersten Jahre der Unabhängigkeit bis zum Koreakrieg (1910—1950). Die zweite Periode, in der das Kleinbauerntum in den Kollektiven aufging und die privatwirtschaftlichen Reste beseitigt wurden, beginnt mit dem Wiederaufbau und endet 1960, während sich die dritte Periode mit der Ausführungszeit des letzten Entwicklungsplanes (1961—1970) deckt. Schwierigkeiten bereitete vor allem die Wiedergabe der ökonomischen Situation der letzten Periode, weil sich die Regierung bei der Veröffentlichung statistischen Materials seit Mitte der sechziger Jahre sehr zurückhält.

I

Die Transformationsphase (1910—1950)

Zwei Jahrhunderte lang hatte die *Li-Dynastie* Korea von der Außenwelt abgeschirmt, bis 1876 Japan und später England und die USA die Öffnung der Häfen für den freien Handel erzwangen. Das war der Beginn einer neuen Epoche. Es blieb nicht bei der Öffnung der Häfen; Japans expandierende Industrie, die nicht nur von Konkurrenz relativ abgesicherte Absatzmärkte, sondern auch Rohstoffe brauchte, bestimmte in eindeutiger Weise die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern: Nach dem japanisch-chinesischen Krieg (1894/95) gelang es Japan zunächst, die Oberherrschaft Chinas über Korea abzulösen, und nach dem japanisch-russischen Krieg (1904/05) die Voraussetzungen für die dann 1910 formell deklarierte Annexion zu schaffen.

Die japanische Kolonialherrschaft (1910—1945) brachte — dem Annexionismus entsprechend — grundlegende Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialstruktur Koreas mit sich: Einerseits übertraf zwar die Bruttoproduktion der Industrie und des Bergbaus bereits 1938 die der Landwirtschaft, andererseits aber erhielt die koreanische

1) Die Anregung zu dieser Arbeit und auch zu manchen Aussagen erhielt ich in einem Korea-Seminar, das im Wintersemester 69/70 an der Kieler Universität stattfand. Den Teilnehmern, insbesondere den Herren Prof. A. Jeck, Dr. Udo Simonis, G. Cornides, J. Heinrich, B. Neufeldt, A. Riedl und F. Weiß, bin ich für ihre Diskussionsbeiträge und Hilfe bei der Zusammenstellung der Literatur dankbar.

Wirtschaft typisch koloniale Züge. In erster Linie entwickelten sich diejenigen Zweige, die für die japanische Industrie wichtige Grundstoffe (Eisen, Stahl, Bunt- und Leichtmetalle, synthetische Treibstoffe etc.) erzeugten. Die Kapital- und Konsumgüterindustrien blieben dagegen vernachlässigt, da der Absatzmarkt für japanische Erzeugnisse nicht geschmälert werden sollte. Auch die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsweise geschah im Zeichen der Versorgung des japanischen Mutterlandes. So konnte die Reisproduktion durch den Ausbau von Bewässerungsanlagen und die Anwendung von künstlichem Dünger und verbessertem Saatgut zwar erheblich gesteigert werden; doch geschah das nur, um Japan mit hochwertigem Reis zu versorgen. Der Eigenbedarf Koreas an Nahrungsmitteln mußte teilweise durch aus der Mandschurei importiertes minderwertiges Getreide gedeckt werden.

Eine weitere Folge der kolonialen Herrschaft war die Zerstörung des „freien“ Bauertums. Am Vorabend der ersten Landreform im Jahre 1946 besaßen 6,8 % der Bauern 54 % des bebaubaren Landes. Die Besitzkonzentration, gekoppelt mit hohen Pachtzinsen, die oft bis zu 70 % der Ernte verschlangen, hatten natürlich Unzufriedenheit und nicht selten Unruhen unter den Bauern hervorgerufen. Nach der Kapitulation Japans traf die provisorische Regierung Nord-Koreas zwei wichtige Maßnahmen: Die Bodenreform und die Vergesellschaftung der japanischen Unternehmen.

Die erste Bodenreform.

Im März 1946 wurden die Ländereien der Japaner und ihrer Kollaborateure konfisziert und alle Bodenbesitzer mit mehr als 5 ha Grundbesitz enteignet und das Land unter besitzlose Bauern verteilt. Dadurch entstanden selbständige Familienbetriebe und wurde eine der Hauptquellen sozialer Spannungen beseitigt.

Die Enteignung und Verteilung des Bodens vollzog sich in Etappen und traf zunächst nur im Ausland lebende Großgrundbesitzer. In dieser ersten Phase kooperierten daher sogar die kleineren Besitzer, in der Hoffnung, der Enteignung zu entgehen. Gleichzeitig entfalteten die Parteikader eine starke Aktivität, um die Großgrundbesitzer von der Bevölkerung zu isolieren und das abwartend-passive Verhalten der landlosen Bauern zu beseitigen: Man stellte die Grundbesitzer unter Überwachung, zeigte der Bevölkerung, daß der Staat gegen sie war, beauftragte solche Pächter, die durch frühere Zusammenarbeit mit den Besitzern besonders kompromittiert waren, mit der Durchführung der Reformen und gab ihnen dadurch die Chance, ihr früheres Fehlverhalten wettzumachen.

In dieser Politik lassen sich deutlich zwei leitende Gesichtspunkte erkennen: Einerseits war zu verhindern, daß sich die Landeigner als Klasse organisierten und die von ihnen abhängigen Landarbeiter und Pächter gegen die neue Regierung mobilisierten; andererseits sollte die seit Generationen landlose Masse der Bevölkerung für das Reformprogramm gewonnen werden. Der Romancier *Hwang Sun-Won*, der die Vorgänge aus eigener Erfahrung in seinem Roman „Die Erben des Kain“ beschrieben hat, kehrt besonders diesen zweiten Gesichtspunkt heraus, wenn er auf die menschlichen Implikationen der Landverteilung aufmerksam macht — Implikationen, die nicht so sehr mit dem Schicksal der grundbesitzenden Familien als vielmehr mit der in jahrhundertelanger Unterdrückung und Ausbeutung erzwungenen Flucht in Apathie und systemkonservierenden Bewußtseinsentwicklung der landarmen Bauern zusammenhängen.

Im Zusammenhang mit dieser ersten Landreform muß schließlich auf die handfesten materiellen Vorteile für die Bauern hingewiesen werden. Die Regierung führte eine 25prozentige Abgabe auf die Ernte ein, die später nach der Güte des Bodens differenziert wurde. Das stellte im Vergleich zu den Belastungen des früheren Systems eine nicht zu unterschätzende Verbesserung dar. Allerdings wurde diese Pflichtabgabe durch mehr oder minder freiwillige Schenkungen an den Staat für den wirtschaftlichen Aufbau und die industrielle Ausrüstung ergänzt. Das ist angesichts der ehrgeizigen Entwicklungsziele ohne weiteres verständlich: in den frühen Entwicklungsphasen eines Landes ist ja die

Vergrößerung des nicht in der Landwirtschaft verbrauchten Teils des Agrarprodukts (des sog. Agrarüberschusses) notwendige Bedingung für die Steigerung der industriellen Beschäftigung und des damit verbundenen städtischen Nahrungsmittelverbrauchs oder des Imports industrieller Ausstattung.

Tatsächlich handelt es sich dabei um ein schwerwiegendes Problem, das nicht ohne radikal wirkende (und individuell entsprechend empfundene) Maßnahmen gelöst werden kann. Der bekannte Nationalökonom *Maurice Dobb* machte darauf aufmerksam, daß allein eine Steigerung der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, aber auch des Produktes je Beschäftigtem, bei den üblichen Preismechanismen nicht zur Lösung des Industrialisierungsproblems beiträgt; sie kann nämlich durch höheren Konsum der Bauern selbst absorbiert werden²).

Kein volles Jahrzehnt danach wurde eine zweite Reform durchgeführt und das durch die erste geschaffene „freie“ Kleinbauernum wieder beseitigt. Folgende Überlegungen waren wahrscheinlich dafür maßgebend, daß man die Kollektivierung nicht von Anfang an vornahm: Das Bewußtsein der Landarbeiter, Pächter und Kleinbauern war nicht gerade auf einen so radikalen Eingriff, wie ihn die Kollektivierung darstellt, vorbereitet. Ihre Interessen ergaben sich aus ihrer realen Lage: Sie waren eindeutig geprägt durch die ausbeuterischen Pachtzinsen und die Landlosigkeit, die den Wunsch nach Selbständigkeit nährte. Eine Kollektivierung zu jenem Zeitpunkt (1946), als das Land noch Besatzungszone war, die Regierung um ihre Autorität kämpfte und allgemeines Mißtrauen herrschte, hätte Widerstände und eventuell auch wirtschaftliche Rückschläge hervorgerufen, die sich das Land nicht leisten konnte, zumal es von der Versorgungskammer des Südens abgeschnitten war. Auch fehlten die „technischen“ Voraussetzungen für den Erfolg einer massiven Kollektivierung: Weder waren die Kräfte vorhanden, die die rein verwaltungsmäßigen Probleme hätten bewältigen können, noch hätte die von ihrem (japanischen) Markt abgeschnittene Industrie, die zunächst mühsam in Gang gehalten wurde, die durch die Kollektivierung freiwerdenden Kräfte aufnehmen können. Der technologische Rückstand, gemessen am Einsatz von Dünger und Traktoren, wäre zudem ein schwieriger Begleitumstand gewesen.

Die Nationalisierung der Großindustrie

Anders als in der Landwirtschaft, wo zunächst von der Kollektivierung abgesehen wurde, proklamierte das provisorische Volkskomitee im Oktober 1946 die Nationalisierung der japanischen Unternehmen, die das Gros im industriellen, Banken- und Verkehrssektor ausmachten. Die Durchführung wurde wesentlich dadurch erleichtert, daß die Japaner nach dem militärischen Zusammenbruch das Land fluchtartig verlassen hatten. Insofern war die Situation günstiger als in manchen osteuropäischen Ländern, in denen das einheimische Kapital massiv direkten und indirekten Widerstand leistete.

Die 1946 nationalisierten Industrien erzeugten etwa 72,5 % der industriellen Bruttoproduktion. Daneben durften private einheimische Unternehmungen und Handelshäuser weiter betrieben werden, ihre Expansion war sogar erwünscht. Es bestand zudem die Möglichkeit für Private, ehemals japanische Unternehmen des Konsumgütersektors mit weniger als 50 Beschäftigten zu übernehmen. Der Operationsraum der Privatunternehmen war natürlich ziemlich begrenzt, sie genossen gegenüber den staatlichen Unternehmen bei der Lieferung von Materialien und bei der Auftragsvergabe nicht gerade eine Vorzugstellung: So kam es, daß sie ihren Anteil an der Bruttoproduktion des Sektors nicht halten konnten (1949 erzeugten sie nur noch 9,3 % der Bruttoproduktion).

2) Maurice Dobb: *Ökonomisches Wachstum und Planung*, Frankfurt/M. 1965, S. 39. — Im genannten Korea-Seminar erwähnte Udo Simonis, der als Berater in Sambia Erfahrungen aus erster Hand hat sammeln können, daß in Sambia eine per Dekret eingeführte fast 40prozentige Steigerung des Rindfleischpreises die Bauern nicht dazu animieren konnte, die Produktion zu erhöhen, so daß der gesamte Preisunterschied, vermindert allerdings durch die Abnahme des Verbrauchs, den Erzeugern zugute kam.

Die ersten Erfolge

Die institutionelle Umwälzung hatte zwar Reibungen verursacht, die erst später, mit zunehmender Erfahrung und Funktionstüchtigkeit des ganzen Planungsapparates abgebaut werden konnten, doch garantierte sie von vornherein, daß die industrielle Entwicklung nicht den Händen einer dünnen Unternehmerschicht überantwortet blieb; und sie schuf ein günstiges Klima für technologische Neuerungen und Wagnisse. Typisch war hierfür die Errichtung einer Vinylnfabrik — Stolz der nord-koreanischen Wirtschaft⁸⁾.

Was wurde nun, in gesamtwirtschaftlicher Sicht, in dieser Phase geleistet? Der Index des Produktionswertes der Landwirtschaft stieg von 100 im Jahre 1946 auf 151 im Jahre 1949. Dies war um so wichtiger, als die Spaltung des Landes die Zufuhr von Nahrungsmitteln aus dem klimatisch und bodenmäßig begünstigten Süden unterbunden hatte. Noch stärker stieg der Index der industriellen Produktion: von 100 (1946) auf 337 (1949). So konnte sich ihr Anteil am „Bruttoproduktionswert der gesellschaftlichen Produktion“ — ein Terminus der sozialistischen Statistiken — von 23,2 % auf 35,6 % erhöhen, was eine Verbesserung der volkswirtschaftlichen Struktur bedeutete.

In dieser ersten Periode der Abrechnung mit dem kolonialen Erbe und der Vorherrschaft institutioneller Aspekte der Veränderung betrieb die Regierung den Ausbau der Schwerindustrie, namentlich des Kapitalgütersektors, mit Vorrang. Das geschah in der prinzipiellen Überzeugung, damit eine wesentliche Voraussetzung für stetig hohes Wachstum, unabhängig von Lieferungen und Hilfsleistungen des sozialistischen Auslandes, zu erfüllen. So stieg der Anteil des Kapitalgütersektors am industriellen Bruttoproduktionswert von 52 (1946) auf 59 (1949), während der Konsumsektor entsprechend relativ abnahm.

Weniger günstig sah jedoch die Beschäftigungsstruktur im Jahre 1949 aus, trotz der Verbesserungen, die seit 1946 auch hier zu verzeichnen waren. Das hängt damit zusammen, daß der industrielle Sektor, auch wenn er *outputmäßig* schnell expandiert, in der Regel nicht in der Lage ist, Arbeitskräfte aus anderen Wirtschaftssektoren im gleichen Tempo aufzunehmen, so daß sich die Zusammensetzung des Sozialprodukts eines Entwicklungslandes schneller bessert als die Beschäftigungsstruktur. Die Expansion des industriellen Sektors erfolgt ja gerade durch solche Unternehmen, die hohe Kapitalintensität aufweisen. Unter diesen Umständen muß die Akkumulationsrate sehr hoch sein, wenn bescheidene, jedoch dringend notwendige positive Auswirkungen auf die Beschäftigung erzielt werden sollen.

II

Vom Korea-Krieg bis 1961

In den Jahren 1954—1956 trug das Land schwer an den Folgen des Krieges, in dessen Verlauf 8700 Fabrikanlagen und -gebäude, über 600 000 Wohnungen, über 500 Schulen und zahlreiche andere kulturelle Einrichtungen zerstört worden waren. Die Industrieproduktion betrug 1953 nur noch 64 % der des Jahres 1949. 370 000 ha Ackerland, d. i. etwa 13 % der gesamten Anbaufläche, lagen brach, und die Ernteerträge waren auf 88 % derjenigen des Jahres 1949 gesunken.

Der Wiederaufbau begann mit einem Dreijahresplan (1954—1956), für den die Regierung bereits 1952, als sich eine Stabilisierung der Front am 38. Breitengrad abzeichnete, Vorbereitungen getroffen hatte, und wurde mit dem Fünfjahresplan 1957—1961

8) Vgl. Robinson, Joan: Korean Miracle, in: „Monthly Review“, New York Jg. 16 (1964/65), S. 541—549 (deutsch Hans-Werner Saß, Kleine Schriften zur Ökonomie, Frankfurt 1968, S. 127—28).

fortgesetzt⁴). In einem Bericht von *Joan Robinson* wird am Beispiel der chemischen Düngemittelfabrik in Hamhung, für deren Instandsetzung alte Facharbeiter, im Ausland ausgebildete Studenten, alte Professoren — kurz alle, die ein wenig von der Technik der Chemieproduktion verstanden — zusammengeholt wurden, ein Bild von den konzentrierten Anstrengungen des Landes vermittelt.

Die Kollektivierung

In dieser Periode wurde die Kollektivierung der ländlichen Betriebe, die bereits während des Krieges mit der Gründung zahlreicher „Arbeitsgruppen der gegenseitigen Hilfe“ begonnen hatte, zu Ende geführt. Binnen vier Jahren waren fast alle Bauern, die im Zuge der Landreform eigenen Boden erhalten hatten, in Kollektivwirtschaften zusammengefaßt.

Welches waren die Motive für diesen Schritt? Die Parteideologen begründeten ihn vorwiegend damit, daß die Existenz eines frei wirtschaftenden Bauerntums die Gesellschaft in zwei Sektoren spaltete, zwischen denen auf lange Sicht ein Ungleichgewicht in der Bewußtseinsentwicklung entstehen könnte, mit all den damit verbundenen Gefahren sowohl für die damals durchlaufene Übergangsphase als auch für den angestrebten Endzustand. Im sozialistischen Sektor, in der Industrie, würde das Bewußtsein der Arbeiter eben durch die dort bestehenden Produktionsverhältnisse entsprechend der Vision einer sozialistischen Gesellschaft geprägt, im landwirtschaftlichen Sektor hingegen ließe das private Eigentum an Produktionsmitteln eine andere Bewußtseinsentwicklung voraussehen, ja schon feststellen.

Dieses Motiv erklärt denn auch nicht nur die Kollektivierung, sondern auch die damit einhergehende Intensivierung kultureller und politischer Tätigkeit auf dem Lande. Bezeichnend ist der Bericht eines japanischen Journalisten aus dem Jahre 1960:

„Die Mitglieder der Kooperative versammeln sich um 8.30 Uhr auf ein Glockenzeichen hin im Hof. Jedes Mitglied wird von seinem Gruppenleiter über seine Tagesarbeit instruiert. Mittags nach dem Glockenzeichen können die Mitglieder entweder in den gemeinsamen Speiseraum oder nach Hause zum Essen gehen. Während der Mittagspause treffen sich auch die Theater-, Musik- und Tanzgruppen. Die Bauern ruhen sich nach jeweils 50 Minuten Arbeit 10 bis 20 Minuten lang aus. Diese Pausen werden ausgefüllt durch Versammlungen, in denen Zeitungen laut vorgelesen werden. Nach dem Arbeitstag wird die Arbeitsleistung individuell bewertet und in das persönliche Arbeitsbuch eingetragen. Die Gesamtzahl der im Laufe des Jahres gesammelten Punkte dient als Grundlage für die Berechnung von Getreide- und Geldzuweisungen ... Nach der Tagesarbeit gehen die Mitglieder entweder nach Hause oder in das öffentliche Badehaus. Sie sehen sich Filme an, hören Radio oder nehmen an verschiedenen kulturellen Gruppenaktivitäten teil.“⁵)

Das Motiv der gleichmäßigen Bewußtseinsentwicklung der Gesellschaft reicht aber nicht aus, um die Kollektivierung hinreichend zu erklären, da ökonomische Aspekte nie unbeachtet blieben und in die Kalkulation der Planer eingingen. Die Nord-Koreaner gingen davon aus, daß eine auf privatem Eigentum basierende Landwirtschaft nicht in der Lage sei, den Überschuß zu liefern, den der Staat für die Realisierung seiner ehrgeizigen Industrialisierungspläne benötigte, oder daß sich dieser Überschuß nur durch einen

4) Eine wesentliche Rolle für den Wiederaufbau hat die von sozialistischen Ländern gewährte technische und wirtschaftliche Hilfe gespielt. Zwischen 1954 und 1956 erhielt Nord-Korea beträchtliche Summen aus der Sowjetunion, aus China, Polen, der DDR sowie kleinere Summen aus den anderen sozialistischen Ländern. Die Hilfe wurde nach 1956 in weit geringerem Umfang fortgesetzt. Es läßt sich insgesamt feststellen, daß „Nord- und Süd-Korea etwa die gleiche Summe ausländischer Hilfe pro Kopf der Bevölkerung erhalten haben . . . daß aber der effektive Gebrauch, der davon gemacht wurde, beträchtlich differiert. Ganz offenbar hat Nord-Korea die ausländische Hilfe weit besser für den „Wiederaufbau des Landes genutzt.“ Vgl. Kuark, Y. T.: *North Korea's Industrial Development During the Post-War Period*, S. 61—62. Nach 1960—61 hat sich diese Hilfe radikal vermindert, nicht zuletzt wegen politischer Spannungen, ein Umstand, der neben der relativen Stagnation des Außenhandels nicht unwesentlich zu der ohnehin natürlichen Verlangsamung des Wachstums beigetragen hat.

5) Zitiert nach Lee, Ch.-S.: *Land Reform, Collectivization and the Peasants in North-Korea*, S. 79.

komplizierten Kontrollapparat herauspressen ließe — wodurch sich die Spaltung der Gesellschaft noch vertiefen würde⁶⁾.

Mehr noch: Bei der Kollektivierung ging es nicht nur um die erhoffte Vergrößerung des landwirtschaftlichen Überschusses, sondern auch, und das war ebenso wichtig, um die geordnete Überführung von Arbeitskräften in die Industrie: Tatsächlich fand in den Jahren 1953 bis 1960 eine Umsiedlung von etwa 200 000 Menschen aus den landwirtschaftlichen Gebieten in die Industriezentren statt. So wurde die Beschäftigungsstruktur wesentlich verbessert. 1953 waren 66,4%, 1960 nur noch 44,4 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Diese Bewegung fand geordnet statt, also weder nach dem Muster der kapitalistischen Staaten Europas im 19. Jahrhundert, mit ihren Reservearmeen in den entstehenden Industriezentren, noch nach dem heutiger kapitalistischer Entwicklungsländer, in denen großstädtische Slums, Produkt der Planlosigkeit, das Bild bestimmen.

Die Kollektivierung in Nord-Korea verlief ohne nennenswerte Widerstände von Seiten der bäuerlichen Bevölkerung, da die Regierung zehn Jahre zuvor die Hauptbastion der Reaktion, das Großbauertum, zerschlagen hatte. Die Produktion konnte kontinuierlich gesteigert werden, weil die Industrie des Landes in der Lage war, die Landwirtschaft mit Maschinen, Düngemitteln und Energie zu versorgen.

Die „Fliegendes-Pferd-Kampagne“

Kaum waren die Kollektivierung abgeschlossen und die privatwirtschaftlichen Reste außerhalb der Landwirtschaft beseitigt, setzte die Regierung einen neuen Prozeß in Gang, der von gleichzeitigen Bestrebungen in China angeregt war, aber in wesentlichen Punkten von ihnen abwich. Die Bewegung lief unter dem Namen „Fliegendes-Pferd-Kampagne“ und bestand im Kern im Aus- und Neubau von kleinen Industrien auf dem Lande. Die Betriebe sollten sich vorwiegend auf die Produktion von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern konzentrieren, die betriebswirtschaftlich weder hohe Kapitalansprüche stellt noch sich in großem Umfang zu vollziehen braucht. Es ist von außerordentlicher Bedeutung, daß diese Aktion nicht den Bereich der Schwerindustrie mitumfaßte, in der die elementaren Rücksichten auf Rentabilität und Produktqualität einer Zersplitterung enge Grenzen setzten. Darin unterschied sich denn auch das nord-koreanische vom gleichzeitigen chinesischen Experiment.

Die „Fliegendes-Pferd-Kampagne“ entstand aus dem Bedürfnis nach besserer Ausnutzung der lokal verfügbaren Ressourcen (Arbeitskräfte, Fähigkeiten und Materialien), nach Dezentralisierung und Gewöhnung der örtlichen wirtschaftlichen Träger an eine Aktivität aus eigener Initiative, wodurch ständige Kontrollen und Gängelung von oben vermieden werden sollten, und aus dem Bedürfnis nach gleichmäßiger Regionalentwicklung.

Darüber hinaus gab es aber noch andere Gründe für die Förderung einer lokalen Leichtindustrie: Die Überbetonung der Schwerindustrie hatte im Laufe der Zeit ein gravierendes Ungleichgewicht zwischen den Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft einschließlich Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte einerseits, und Industrie, Produktionsgüter- und Konsumgüterindustrie andererseits) entstehen lassen, das das weitere Wachstum gefährdete. Ohne die grundsätzliche Vorrangstellung der Schwerindustrie in Frage zu stellen, sollte die „Fliegendes-Pferd-Kampagne“ ihre Nachteile ausgleichen helfen. Der Ausbau der lokalen Leichtindustrie sollte auf lange Sicht die Nachfrage nach den Produkten der Schwerindustrie (z. B. Maschinen, Zement) auf der einen, das Ange-

6) Der sowjetische Theoretiker J. Preobraschenski hatte als erster bereits 1924 in seiner "Neuen Ökonomie" auf die Notwendigkeit der „Ausbeutung“ der Landwirtschaft zugunsten eines forcierten industriellen Wachstums aufmerksam gemacht.

bot an Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs, die Engpaßfaktoren darstellten, auf der anderen Seite erhöhen, kurz, Stimuli für alle Sektoren schaffen.

Das ökonomische Ergebnis der Periode

Ziehen wir nun die Leistungsbilanz der Periode 1954—1960: Sie ist, trotz eingetretener Engpässe und Wachstumsverlangsamung, befriedigend. Beim Übergang in die nächste Phase findet sich das Land ausgestattet mit den infrastrukturellen Grundeinrichtungen, die für die Entwicklung entscheidend sind. Die neuen Bewässerungsanlagen schaffen weitere oder ermöglichen bessere Nutzung vorhandenen Ackerlandes. Als Symbol zu nennen ist hier die Bewässerungsanlage von Pyöngnam für etwa 40 000 ha Ackerland. Das Gesundheitswesen ist entwickelt: Jedes Dorf hat seine ärztliche Betreuungsstelle, und alle medizinischen Leistungen sind für die Bevölkerung kostenlos. Alter und Arbeitslosigkeit sind kein Alptraum mehr. Auch das Analphabetentum ist weitgehend beseitigt. Die Akademie der Wissenschaften steht mit ihren sechzehn Instituten an der Spitze eines ausgedehnten Bildungssystems, das nach dem Korea-Krieg fast aus dem Nichts entstand.

Im Bereich der Industrie wurden bis 1956 320 große bis mittlere Betriebe wiederhergestellt oder neu errichtet. Neue Impulse gingen dann von der „Fliegendes-Pferd-Kampagne“ aus, aus der binnen kurzer Zeit mehr als 1000 Kleinbetriebe auf dem Lande hervorgingen, von denen die meisten sofort die Produktion aufnahmen. Der Index für die industrielle Produktion stieg von 26,9 (1954) auf 50,6 (1956) bis 172,8 (1960). Auch die Landwirtschaft hatte Fortschritte zu verzeichnen, wenngleich dort die Produktion langsamer als in der Industrie zunahm (1954: 60,9; 1956: 77,5; 1960: 108,6). — Das Netz der Landmaschinenstationen, die über den größten Teil der auf dem Land vorhandenen Maschinen verfügen und Feldarbeiten der in ihrer Umgebung liegenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften übernehmen, wurde ausgebaut. 1953 gab es 15 Stationen mit 500 Traktoren, 1960 erreichten sie die Zahl 89 und verfügten über 12 500 Traktoren. Sie entwickelten sich zum Hauptabnehmer der Landmaschinenindustrie — ein typisches Beispiel für die sektoralen Interdependenzen im Wachstumsprozeß. Entsprechendes gilt für die Düngerproduktion, die sich von 30 000 Tonnen (1953) auf 310 000 Tonnen (1959) erhöhte, sowie für Produktion und Einsatz von Generatoren, Motoren und Transformatoren.

II

I 1960 und danach

Auch diese letzte Phase der Entwicklung Nord-Koreas ist gekennzeichnet durch permanentes Experimentieren mit neuen Formen der Wirtschaftsorganisation und -lenkung. So beschloß die Regierung im Dezember 1961 die Übertragung von Entscheidungs-, Kontroll- und Planungsbefugnissen auf Bezirkskomitees. Diese Institution hatte gleichermaßen Zentralisierungs- und Dezentralisierungscharakter: Die Komitees koordinieren in einer integrierten Form die Verwendung der Ressourcen in jedem Bezirk, beaufsichtigen die Kooperativen und alle Organisationen, die die Landwirtschaft mit *inputs* versorgen (Traktorenfabriken, Bewässerungsämter etc.), überwachen die Durchführung des Zentralplans und tragen in vereinheitlichter Form die technischen Beratungsfunktionen. Die Komitees setzen sich zusammen aus „leitenden Arbeitern“, Landwirtschaftsexperten, Technikern, den Leitern der Kooperativen des Bezirks u. a. Man hat diese Neuerung als „unternehmerische Leitungsmethode“ bezeichnet, weil das Bezirkskomitee, nach der Definition von *Kim Ilsong*, ähnlich den Unternehmensleitungen, die Aktivitäten des Bezirks (Organisation der Produktion, technologische Entwicklung, Materialversorgung, Allokation und Organisation der Arbeitskräfte, finanzielle Aktivitäten) einheitlich lenkt und kontrolliert.

Der große Plan 1961—1967 und die Verlangsamung des Wachstums

Im September 1961 wurde auf dem 4. Parteitag der Koreanischen Arbeiterpartei der Siebenjahresplan 1961—1967 angenommen, dessen Hauptziele die technische Verbesserung aller Wirtschaftszweige und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung waren. Dieser Plan war flexibler als die vorangegangenen: In der ersten Hälfte der Planperiode erhielt die Entwicklung der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft mit Unterstützung der Produktionsgüterindustrie Priorität. Für die zweite Hälfte sah der Plan wieder eine Gewichtsverlagerung zugunsten der Produktionsgüterindustrie vor. Für die gesamte Planperiode strebte man folgende Ziele an:

	1960	1967
Nationaleinkommen	100	270
Industrie insgesamt	100	320
Konsumgüterindustrie	100	310
Investitionsgüterindustrie	100	330
Chemische Industrie	100	550
Land- und Forstwirtschaft	100	240
Einzelhandelsumsatz	100	320

Durch die Realisierung des Siebenjahresplanes sollten, und das ist zu beachten, die Wachstumsraten der einzelnen Sektoren (von unvermeidlichen Abweichungen in der Produktion von Einzelgütern abgesehen) auf der bis dahin erreichten Höhe gehalten werden, damit sich die Annahme als falsch erweise, daß auch „in einer sozialistischen Gesellschaft die Reserven für wachsende Produktion allmählich abnehmen und die Produktion nicht ihre hohe Wachstumsrate in einem fortgeschrittenen Stadium der Entwicklung und Expansion aufrechterhalten kann“⁷.

Das war allerdings ein ehrgeiziges Ziel mit geringen Realisierungschancen: Es ist zunächst klar, daß die Wachstumsraten in der Phase des Wiederaufbaus, die in Nord-Korea effektiv bis Ende der sechziger Jahre dauerte, generell sehr hoch waren, weil ein unausgenütztes Wachstumspotential, vorwiegend in Form von Arbeitskräften, Fähigkeiten, technischem Wissen, Nachfrage aller Sektoren, bestand, das sich aber schließlich erschöpfte. In der Folge kam es darauf an, neues Wachstumspotential zu schaffen — ein Vorgang, für den zwar in einer geplanten Wirtschaft günstige Voraussetzungen bestehen, der sich aber doch nicht mit der Geschwindigkeit des Wiederaufbaus vollziehen kann.

In dem Maße, wie der Wiederaufbau sich seinem Ende nähert, bewegt sich die Wirtschaft auf den durch ihre Kapazität vorgezeichneten Linien und entstehen Engpässe in der gegenseitigen Belieferung der Sektoren — in der Terminologie der sozialistischen Ökonomie: Spannungen zwischen den Produktivkräften der Gesellschaft. Auch die Arbeit kann zu einem Engpaßfaktor werden, doch dürfte das bei gegebener Steigerung der Produktivität und angesichts der noch hohen Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft (1960 noch 44,4 % der Erwerbstätigen) für Nord-Korea nicht zutreffen. Andererseits war hier durch die Intensivierung der Verteidigungsanstrengungen eine Abnahme der Wachstumsrate unvermeidlich geworden. Zum Teil zog die Regierung entsprechende Konsequenzen: Die 1961 festgelegten globalen und sektoralen Wachstumsziele lagen unter den bis dahin erreichten. War die industrielle Wachstumsrate 1957 bis 1960 fast 40 % im Jahresdurchschnitt gewesen, so begnügte sich der Siebenjahresplan mit einem Durchschnitt von etwa 18 %.

Diese Korrekturen erwiesen sich aber noch nicht als realistisch genug, so daß Enttäuschungen hingenommen werden mußten; die wirtschaftlichen Ergebnisse in der ersten Hälfte der Planperiode wichen nicht unbeträchtlich von den angestrebten Zielen ab:

7) Yun Kij Bok, Finanzminister der Demokratischen Volksrepublik Korea: On the Results of Fullfillment of the 1968 State Budget and on the 1969 State Budget, in: „Korea Today“, No. 155, 1969, S. 2.

Die Wachstumsrate der industriellen Bruttoproduktion fiel auf 14,3 % (1961) und nach einem Zwischenerfolg von 20% (1962) auf 8% (1963 und 1964). Ähnliches gilt für die Landwirtschaft. Die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens, die 1959 die stolze Zahl von 19 % erreicht hatte, sank 1962 auf 2,3 % ab. Ende 1965, als der Index der industriellen Bruttoproduktion bei 197 lag, während das Planziel für 1967 etwa 320 betrug, sah man sich gezwungen, die Lage zu überprüfen. Im Oktober 1966 beschloß das Zentralkomitee der Arbeiterpartei, die Ausführungsfrist des Plans, bei sonst unveränderten Zielsetzungen, um ganze drei Jahre zu verlängern. Offiziell begründet wurde der Beschluß mit der durch „wachsende süd-koreanische und amerikanische Bedrohung“ notwendig gewordenen Abzweigung größerer Mittel für die Landesverteidigung und, in bezug auf die Landwirtschaft, mit ungünstigen Witterungsverhältnissen.

Wie aus obigen Überlegungen hervorgeht, vereinfacht die offizielle Begründung die tatsächlichen Probleme, die die Entwicklung des Landes begleiten. Es ist nicht zulässig, die strukturellen Ungleichgewichte und Engpässe zu ignorieren; darüber hinaus dürften die Reibungen im wirtschaftlichen Verwaltungsapparat, die in den Erklärungen der Parteifunktionäre und der Regierung nur indirekt und nicht im Zusammenhang mit der Plandurchführung auftauchen, nicht unterschätzt werden.

„Die Regierung der KVDR“, so Kim Ilsong in einer programmatischen Rede vor dem Parteitag im Dezember 1967, „wird unter den Staats- und Wirtschaftsfunktionären für die Beseitigung von Bürokratismus und für ein revolutionäres Herangehen an die Massen kämpfen.“ Andererseits sei es notwendig, daß die Menschen „Faulenzerei und Schmarotzertum nicht dulden... Die wichtigste Aufgabe bei der Arbeitsorganisation besteht gegenwärtig darin, die 480 Minuten Arbeitszeit voll auszunutzen und entschieden Schluß zu machen mit der verschwenderischen Vergeudung von Arbeitskraft... Störungen in der Produktion müssen überwunden und die Stillstandzeiten auf ein Minimum gesenkt werden... Die Kooperation der Produktion muß exakt organisiert werden, und alle Wirtschaftseinheiten, die an der Kooperation der Produktion beteiligt sind, müssen streng die Vertragsdisziplin einhalten.“⁸⁾

Was kostet die Entwicklung aus eigener Kraft?

Die Strategie der Entwicklung aus eigener Kraft, der nach 1960 immer stärkere Bedeutung beigemessen wurde, hat die Produktivkräfte des Landes zusätzlich beansprucht und nach allen Regeln der ökonomischen Logik zu einer Verlangsamung des Wachstums beigetragen. Diese Strategie impliziert, um auf ihren Inhalt über das Selbstverständliche hinaus einzugehen, nicht nur, daß die Schwerindustrie mit ihrem Herzstück, dem Maschinenbau, zur Basis und Ausrüstungsquelle für alle anderen Zweige erhoben und bevorzugt mit Investitionsmitteln versorgt wird, sondern auch, daß man auf „Spezialisierung“ weitgehend verzichtet, also „jede Schraube selbst produziert“ (J. Robinson) und den internationalen Austausch auf das absolut notwendige Minimum reduziert.

Die so aufgefaßte Entwicklung aus eigenen Kräften wurde immer nachdrücklicher propagiert, seit die Sowjetunion im Sommer 1960 gegen Albanien und China wegen politischer Differenzen wirtschaftliche Sanktionen ergriff, die nicht ohne Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften blieben. Die Sowjetunion stellte damals die Wirtschaftshilfe an Albanien von einem Tag auf den anderen ein, rief, nach chinesischen Angaben, alle in China tätigen sowjetischen Fachleute innerhalb eines Monats zurück, brachte damit Baupläne und Produktionsvorhaben durcheinander und weigerte sich, dringend benötigte Waren zu liefern. Auch die Annäherung Nord-Koreas an Peking (nach 1962)

8) Kim Ilsong: Wir verwirklichen noch konsequenter den revolutionären Geist der Unabhängigkeit, der Selbständigkeit und der Selbstverteidigung auf allen Gebieten der staatlichen Tätigkeit. — Politisches Programm der Regierung der Koreanischen volksdemokratischen Republik auf der ersten Tagung der Obersten Volksversammlung der KVDR der Vierten Legislaturperiode am 16. Dezember 1967 in Phoengjangj hrsg. von der Botschaft der KVDR in der DDR, S. 45, 70 u. 71.

hinterließ Spuren in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Nord-Korea.

Allerdings kann das Prinzip der ökonomischen Selbständigkeit, wie es von Nord-Korea verfolgt wurde, nicht allein durch den Hinweis auf die Taktik der Sowjetunion und den Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Abhängigkeit hinreichend erklärt werden. Es hat darüber hinaus manche psychologische und ökonomische Vorteile. Auf erstere wies Kim Ilsong hin, als er betonte, daß dieses Prinzip den Glauben an die eigenen Kräfte stärkt und der Passivität und Trägheit entgegenwirkt. Als weiteren positiven Faktor kann man die Vermeidung von Verzögerungen, wie sie im sozialistischen Handel üblich sind, werten. Die Nord-Koreaner entdeckten, daß wichtiges Material, auf dessen Lieferung aus dem Ostblock sie zweieinhalb Jahre warten mußten, von ihnen selbst binnen weniger Monate hergestellt werden konnte. Im Rahmen der selbständigen Entwicklung eines Landes bildet sich zudem eine seinen Bedürfnissen angemessene Technologie heraus, wofür der Fall der Vinylon-Fabrik bezeichnend ist.

I

V Einige abschließende Bemerkungen

Wie lassen sich nun die wirtschaftliche Entwicklung und die institutionellen Veränderungen beurteilen? Für eine endgültige Aussage wäre es notwendig, sie mit dem Entwicklungsgang in ähnlichen Ländern zu vergleichen. Als erstes böte sich dazu Süd-Korea an — jedoch nur auf den ersten Blick, da die Startbedingungen hier bei weitem ungünstiger als in Nord-Korea waren: Der Süden war früher die Landwirtschaftskammer eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und nach der Trennung vom Norden fand sich das Land ohne Industrie und infrastrukturelle Ausstattung von nennenswerter Bedeutung; der Bevölkerungsdruck war und ist noch stärker als im Norden. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht auch der Süden bei einem anderen institutionellen Rahmen eine günstigere Entwicklung hätte nehmen können.

Es könnten auch andere Entwicklungsländer mit ähnlichen ökonomischen Problemen, aber mit vorwiegend marktwirtschaftlicher Ordnung zum Vergleich herangezogen werden — im Rahmen dieser Untersuchung kann das nicht mehr geschehen. Bleiben wir daher bei Nord-Korea selbst. Trotz der z. T. gelösten, z. T. aber auch noch zu bewältigenden Probleme, deren Wurzel sowohl im planwirtschaftlichen System selbst (Produktqualität, Koordination der Entwicklung der Sektoren, Unzulänglichkeiten der Wirtschaftsverwaltung usw.) als auch in manchen unglücklichen Entscheidungen der Regierung (z. B. Überbewertung der Entwicklung aus eigenen Kräften) liegen, hat das Land die Phase der Unterentwicklung entschieden hinter sich gelassen. Die Industrie spielt nicht mehr eine sekundäre Rolle im Wirtschaftsgefüge des Landes, wie sich aus den Produktions- und Beschäftigungszahlen, soweit vorhanden, ablesen läßt. Die Industriezentren sind keine zufällig entstandenen, sich selbst überlassenen Konglomerate, in denen Elendsviertel das Bild prägen. Das Land ist mit all den infrastrukturellen Einrichtungen, von denen die Lebensfähigkeit einer Industrienation abhängt, ausgestattet. Nord-Korea ist jetzt, um Joan Robinson noch einmal zu zitieren, „eine Nation ohne Armut“.

Literaturverzeichnis

Central Statistical Board under the State Planning Commission of the D.P.R.K.: Statistical Returns of National Economy of the Democratic People's Republic of Korea, Pyongyang 1961.

Chung, J. S.: A Pattern of Agricultural Development: Size, Organization and Work-incentives in the North Korean Collective and State Farms, in: Chung (Hrsg.): Patterns of Economic Development: Korea. Detroit, Michigan 1966, S. 55—79.

PANOS KASAKOS

Ders.: Trends of the North Korean Industrial Enterprise: Control, Concentration and Managerial Functions, in: Chung, Patterns of Economic Development, a.a.O., S. 80—103.

Ders.: Industrial Development of North Korea, 1945—1964: Some Strategic Quantitative Indicators, in: Chung, Patterns of Economic Development, a.a.O., S. 104—144.

Kuark, Y. T.: Economic Development Contrast Between South and North Korea, in Chung, J. S. (Hrsg.), Patterns of Economic Development, a.a.O., S. 145—200.

Ders.: North Korea's Industrial Development During the Post-War Period, in: „The China Quarterly", Special Service of North Korea (Issue 14), London 1963, S. 51—64.

Ders.: North Korean's Agricultural Development During the Post-War Period, in „The China Quarterly", a.a.O., S. 82—93.

Kux, E., I Kun, J.: Die Satelliten Pekings. Nordvietnam — Nordkorea. Stuttgart, 1965 2. Aufl.

Lee, Ch.-S.: Land Reform, Collectivisation and the Peasants in North Korea, in: „The China Quarterly", a.a.O., S. 65—81.

Robinson, I.: Korean Miracle, in: „Monthly Review", New York, Jg. 16 (1964/65), S. 541—549. Abgedruckt in: J. Robinson: Kleine Schriften zur Ökonomie, Frankfurt/Main 1968, S. 127—128.

Statistisches Bundesamt: Nord-Korea, in der Reihe „Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderkurzberichte", Wiesbaden 1968.

Statistisches Bundesamt: Nord-Korea, Nord-Vietnam. In der Reihe „Allgemeine Statistik des Auslandes, Länderberichte", Wiesbaden 1963.